

## Beschluss WP6.3. Unabhängigkeit der Justiz sichern.

Gremium: LDK  
Beschlussdatum: 05.06.2021  
Tagesordnungspunkt: WP6. Wir schützen die Bürgerrechte!

### Text

1 In einem Rechtsstaat ist die Justiz unabhängig und gewährt den Bürger:innen  
2 effektiven Rechtsschutz. Dafür muss sie jedoch über eine angemessene Ausstattung  
3 verfügen. Die Haushaltsmittel müssen hierzu erheblich erhöht werden. Dann können  
4 auch mehr Richter:innen, Staatsanwält:innen und Justizbedienstete angestellt und  
5 angemessen bezahlt, Gebäude saniert und die notwendige Ausstattung angeschafft  
6 werden.

7 Zur Unabhängigkeit, die auf dem Gewaltenteilungsprinzip beruht, gehört die  
8 Weisungsfreiheit der Justiz. Die noch bestehende Abhängigkeit von der  
9 Landesregierung, welche die Richter:innen auswählt, einstellt und befördert, ist  
10 hoch problematisch. Das in den Medien viel beachtete Konkurrentenstreitverfahren  
11 über die Besetzung der Stelle der:s Oberlandesgerichtspräsidentin:en, das  
12 höchstdotierte Richteramt im Land, hat unlängst die unrühmliche Einflussnahme  
13 der Ministerpräsidentin deutlich vor Augen geführt. Deutschland gehört mit Blick  
14 auf die Selbstverwaltung der Justiz europaweit zu den Schlusslichtern.

15 Zukünftig soll nicht mehr die Landesregierung, sondern ein Richterwahlausschuss  
16 für die Richtereinstellung zuständig sein. Wir BÜNDNISGRÜNEN setzen uns für die  
17 Prüfung von Modellen für die Selbstverwaltung der Justiz ein, wie sie  
18 beispielsweise vom Deutschen Richterbund entworfen oder auch innerhalb der  
19 Europäischen Union weit verbreitet sind.

20 Für eine unabhängige Justiz werden wir:

- 21 • für den Ausgleich der Altersabgänge deutlich mehr Richter:innen,  
22 Staatsanwält:innen und Justizbedienstete einstellen und angemessen  
23 bezahlen
- 24 • an der Universität Rostock wieder einen Studiengang Jura mit dem Abschluss  
25 des Ersten juristischen Staatsexamens einführen.
- 26 • die Selbstverwaltung der Justiz ermöglichen und damit den Einfluss der  
27 Exekutive auf die Richterschaft beseitigen.
- 28 • die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft im Einzelfall abschaffen.
- 29 • unsere Gerichte flächendeckend mit Videokonferenztechnik ausstatten und  
30 die Einführung der elektronischen Akte beschleunigen.
- 31 • für eine effektive Durchsetzung des Rechts in der digitalen Welt die  
32 Gerichte und Staatsanwaltschaften entsprechend technisch und personell  
33 ausstatten.